

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

22.6.1913 (No. 167)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 167

Sonntag, den 22. Juni 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Rau, Reichs-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 24. Mai 1913 gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten königlich preussischen Hof- und Staatsbeamten und Offizieren die folgenden Auszeichnungen zu verleihen:

A. vom Orden vom Jähringer Löwen: das Großkreuz:

dem Generalleutnant von Windler, Kommandeur der 2. Garde-Division;

das Kommandeurkreuz II. Klasse:

dem Kammerherrn und Zeremonienmeister Grafen von Rothkirch und Trach,

dem Kammerherrn Grafen von Grote-Breese und dem Kammerherrn und Regierungs-Präsidenten von Gersdorff;

das Ritterkreuz I. Klasse mit Eichenlaub:

dem Oberleutnant Grafen von Spee, Kommandeur des Garde-Kürassier-Regiments;

B. Verdienstmedaillen:

die kleine goldene:

den Hofkassieren Vorpahl und Barthol,
dem Leib-Gendarmen Schmitt und
dem Sattelmesser Hennings;

die silberne:

dem Schloßgärtner Böder,
dem Hofkassieren Willwod,
dem Leibjäger Grubdorf,
den Kutschern Kuhnke, Finger und Johns und
dem Schuhmanns-Wachmeister Knobloch.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 14. Juni 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem königlich preussischen Oberzahlmeister, Rechnungsrat Koch im 1. Garde-Regiment zu Fuß das Ritterkreuz II. Klasse des Jähringer Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 18. Juni 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem königlich preussischen Leibjäger Waltherr in Berlin die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Das Großh. Ministerium des Innern hat unterm 5. Juni 1913 dem Geometer Adolf Vokat in Lanterbachshaus zum Katastergeometer ernannt.

Die Großh. Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 12. Juni 1913 den Steuerkontrollleur Ferdinand Brettle in Karlsruhe nach Emmendingen und

den Finanzsekretär Ernst Birtenberger in Mannheim nach Karlsruhe versetzt und diesen mit Versetzung einer Steuerkontrollleurstelle betraut.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 19. Juni 1913 wurde Eisenbahnassistent Ludwig Bach in Basel zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Barcinzahlungen auf 4% ige Bundschulden beträgt bis auf weiteres 97,80 M. für 100 M. Bundschuld.

Karlsruhe, den 21. Juni 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 21. Juni.

* Politische Wochenrückblicke.

Das Regierungsjubiläum des Kaisers.

Die 25. Wiederkehr des Tages, an dem der Kaiser die Regierung antrat, hat sich in dem Gedenken der Zeitgenossen zu einem Rückblick auf ein Vierteljahrhundert deutscher Geschichte und zu einem Dank für das unermüdete Streben des Kaisers gestaltet. Ein Schatz der Liebe und Treue ist mit reinem Glanze ans Tageslicht getreten. Die geborenen Führer des Volkes, die Fürsten, und die Vertreter der Freien Städte, vereinigt

sich zu einer gemeinsamen Glückwünschungsgebung im Schloße zu Berlin. Geräuschlos und unbemerkt langten die Repräsentanten der deutschen Stämme in der Reichshauptstadt an, unbemerkt gingen sie wieder; umso mehr trat durch die schlichten Berichte über die Ansprachen das innerliche Verhältnis der Träger der deutschen Souveränität unter einander und zu dem Jubilar hervor.

Der Kaiser hat, wie er in seinem Dankerlaß hervorhob, den Gedenktag in Gesundheit mit der Kaiserin und vereint mit Kindern und Kindeskindern begehen können. Auch der jungvermählte Eidam, Prinz Ernst August von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, weilte in der kaiserlichen Familie. Der jüngst veröffentlichte Brief des Prinzen an den Reichskanzler erklärt die Zuversicht, mit der die endgültige Versöhnung dynastischer Gegensätze erhofft wurde. In gemessenem Gange werden die weiteren Folgen sich anschließen und nach menschlicher Voraussicht wird im Herbst nach der Aufhebung der Regentenschaft in Braunschweig und der Thronbesteigung des Prinzen der Weg geebnet sein. So wird auch diesem Stamme am Baume des deutschen Fürstentums vergönnt sein, im heimischen Erdreich zu sprießen und zu wirken zum Besten des Landes und des Reiches.

Als feierliches Bekenntnis zum Bundesstaate rühmen die „Dresdener Nachrichten“ den Abschluß der Jubiläumsfestlichkeiten. „Das war eine hochbedeutende Kundgebung, in der die deutschen Bundesfürsten und die regierenden Bürgermeister der Freien Hansestädte durch den bayerischen Prinz-Regenten und den König von Sachsen ihr Treugelübnis für Kaiser und Reich auf der Grundlage der durch heilige Bundesverträge gewährleisteten Selbstständigkeit der Einzelstaaten erneuerten, während Kaiser Wilhelm II. die Unantastbarkeit der bundesstaatlichen Organisation des Reiches mit seinem kaiserlichen Worte nochmals bestätigte. Die föderative Eigenart des Deutschen Reiches, die in ihrer wohlabgewogenen Mischung von Reichsgehalt und einzelstaatlicher Souveränität geradezu das Ideal des bundesstaatlichen Prinzips verkörpert, ist auf solche Weise zu einem imposanten plastisch-programmatischen Ausdruck nach außen hin gebracht worden. Die gewaltige Fürstenmacht, die in diesen herzerhebenden Tagen in der Hauptstadt des Deutschen Reiches korporativ in die Erscheinung getreten ist, hat in ihrer einmütigen Huldigung für den Kaiser einen in seiner überzeugenden Wirkung nicht mehr zu übertreffenden Beweis für die Unerlöschlichkeit der bundesstaatlichen Grundfesten gegeben, auf denen Deutschlands Macht und Größe beruht. In der föderativen Gestaltung des Deutschen Reiches liegt auch nicht eine Spur von Gefährlichem, sondern sie ist in natürlicher geschichtlicher Entwicklung unmittelbar aus dem gesamten nationalen Verberzesse der deutschen Stämme herausgewachsen und stellt sich so als etwas Notwendiges dar, als eine schicksalvolle Erscheinungsform der deutschen Einheit, die gerade in dem Boden des bundesstaatlichen Gedankens ihre festesten Wurzeln hat. Es gibt eine alte Sage von einem Riesen Antäus, der aus der Verbindung mit seiner Mutter, der Erde, unbezwinglich Stärke schöpfte, und den Herkules nur dadurch zu besiegen vermochte, daß er ihn emporhob und den so der Verbindung mit seiner Kraftquelle beraubten unschädlich machte. Ähnlich kann man sich das Verhältnis zwischen der Gesamtheit der Einzelstaaten und dem Reiche darstellen. Das Reich ist der Riese Antäus, der seine Kraft aus der innigen Gemeinschaft mit den Bundesstaaten schöpft und so lange unbezwingbar sein wird, als die organische Verbindung zwischen ihm und den Gliedstaaten ungestört fortbesteht. Es gibt daher auch keine mächtigere und zuverlässigere Bürgschaft für die künftige Macht, Größe und Wohlfahrt des Deutschen Reiches, als das jetzt von dem Kaiser und den Bundesfürsten in so eindrucksvoller Form abgelegte Bekenntnis, daß in ihnen allen der bundesstaatliche Geist, der sich mit der innigsten Liebe und Treue zu Kaiser und Reich paart, lebendig fortwirkt.“

Großherzogin Marie Adelheid von Luxemburg.

Die Nichte der Großherzogin Silda, hat Ende der vergangenen Woche unsern badischen Herrscherpaar in Karlsruhe ihren offiziellen Besuch abgestattet, der der erste seit ihrer Thronbesteigung ist. Großherzogin Marie Adelheid ist dem Lande Baden und namentlich der

Residenzstadt keine Fremde mehr. Schon mehrfach hat sie unser Land betreten, um ihre hohen Verwandten zu besuchen. Die liebreizende junge Fürstin hat sich die Herzen der Bevölkerung im Fluge erobert. Das bewies der freundliche Empfang, den die Karlsruher Bürgerschaft ihr am Freitag nachmittag bereitere. Am Freitag abend fand eine Galavorstellung im Hoftheater statt, bei der Thomas' „Mignon“ mit Jadowfer als Gast gegeben wurde. Bei der Festtafel brachte Großherzog Friedrich II. einen warm empfundenen, sehr herzlich gehaltenen Toast auf den erlauchten Gast aus. Die Großherzogin erwiderte mit einer Ansprache, die von den selben herzlichen Gefühlen befeelt war.

Die Wehr- und Deckungsvorlagen im Reichstag.

Der Reichstag hat zur zweiten Lesung der Wehrevorlage erheblich mehr Zeit gebraucht, als in Aussicht genommen war. Die zweite Lesung begann am Dienstag den 10. Juni mit einer Lauerrede des Sozialdemokraten Noske. Gezwungenermaßen erwiderte sofort der Kriegsminister v. Seeringen, der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück, Generalleutnant v. Wandel und Generalleutnant v. Staabs. Darauf folgten noch persönliche Bemerkungen; Graf v. Posadowsky trat gegen eine Behauptung Noskes auf, die seine Person betraf, und Noske nahm auch hierzu zweimal das Wort, so daß er eigentlich die ganze Sitzung beherrschte. Am folgenden Mittwoch kamen die bürgerlichen Parteien zu Worte; außerdem gab der Reichskanzler eine kurze Erklärung ab. Am nächsten Tag nahm schon wieder ein Sozialdemokrat, Abg. Ledebour, die Aufmerksamkeit und die Zeit erheblich in Anspruch. Und so ging es weiter: Gradnauer, Schulz-Erfurt, Dr. Quard-Frankfurt a. M., Zubeil, Stücklen, Schöpflin (diese alle in einer Sitzung), Dr. Lensch, wieder Zubeil, später Heine, Bogtberg, Giebel, Dr. Frank-Mannheim, Peirates, Bernstein, Liebfnecht und Sachs. Vergleicht man damit die Zahl der Wortmeldungen anderer Parteien, so wird die Absicht der Sozialdemokratie, die Wehrevorlage zu verschleppen, unverkennbar.

Der Inhalt der Reden entsprach dem Wunsche der männlichen und weiblichen Anhänger der radikalen Tonart. Die Sozialdemokratie will das feste Gefüge des Heeres untergraben. Sozialdemokraten haben das oft genug ausgesprochen. Im Reichstag wird ein solches offenes Geständnis aus taktischen Gründen und aus Gründen, die mit der ganzen Art der parlamentarischen Verhandlungen zusammenhängen, nicht immer für gut gehalten. Da kommen dann ganz verdrehte Situationen heraus. So hatte die Sozialdemokratie zum ersten Artikel des Gesetzesentwurfes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, bei dem die Verhandlung so lange stand, einen Zusatz beantragt, in dem es hieß: „Den Angehörigen der Armee wird die Freiheit der politischen und religiösen Gesinnung und ihrer außerdienstlichen Betätigung gewährleistet.“ Damit wurde die Freiheit der sozialdemokratischen Agitation gefordert. Abg. Heine, der gewöhnlich der revisionistischen Richtung zugehört wird und Anlagen zur Sophistik hat, hat diesen Antrag u. a. mit folgenden Sätzen, die hier nach dem „Vorwärts“ angeführt werden, begründet: „Wir beabsichtigen durchaus nicht eine Politisierung der Armee, im Gegenteil, wir wollen den Mißbrauch der militärischen Autorität, der in der alltäglichen Beeinflussung der Soldaten in einem bestimmten politischen Sinn liegt, verhindern. Die jetzige Politisierung der Armee ist in Wahrheit geeignet, die Disziplin zu lockern. . . Wir wollen unsere militärische Ehrenpflicht erfüllen, dann aber protestieren wir dagegen, daß man uns bei der Erfüllung der Wehrpflicht als ehrlos und minderwertig behandelt. Deshalb verlangen wir, daß die Armee jeder politischen Überzeugung offen stehe und daß alle ehrenwerten, pflichttreuen Staatsbürger, ohne Rücksicht auf ihre politische Überzeugung, gleich behandelt werden. Dieser Grundsatz folgt aus dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht. . . Die Menschen, die Sie außerhalb der Verfassung stellen wollen, bilden einen so großen Teil des deutschen Volkes, daß Ihr Vorhaben nichts anderes bedeutet, als wenn Sie die süddeutschen Bundesstaaten wiederum aus dem Reich ausschalten wollten. Dieser Standpunkt der gebäffigen Unduldsamkeit ist freilich die fast unvermeidliche Konsequenz einer Staatsordnung, die einigen wenigen Privilegierten alle Vorteile gewährt. Aber für diese Zweiteilung des deutschen Volkes sollte sich gerade die Armee der allgemeinen Wehrpflicht nicht hergeben. Vielleicht ahnen

Sie, Herr Kriegsminister, nunmehr von dem Zusammenhang, in dem das allgemeine Wahlrecht, die allgemeine Wehrpflicht und unsere Anträge stehen. Unser Heer ist keine geworbene Soldateska, ist kein Prätorianerheer, es soll aber auch nicht dazu gemacht werden und dazu sollen unsere Anträge dienen. Nicht wir sind es, die das Heer dem Gedanken der Vaterlandsverteidigung entfremden, sondern Sie sind es, Sie sollten daher unseren Anträgen zustimmen, Sie alle, denen es ernst ist mit dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Vaterlandsverteidigung. Wir sind hier die Staats-erhaltenden, nicht Sie." Es ist, als ging einem ein Mühlrad im Kopfe herum. Auf den Boden des gesunden Menschenverstandes führte der nächstfolgende Redner, ein nationalliberaler Abgeordneter, die Beratung wieder zurück, indem er den Antrag als den Höhepunkt der sozialdemokratischen Anschauungen kennzeichnete. Er wurde dann auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt.

Die sozialdemokratische Presse erregt sich über die im Reichstag gefallene Bemerkung des Kriegsministers von Heeringen: Deutschland müsse den Krieg offensiv führen. Selbstverständlich ist dieser Ausspruch rein militärisch zu verstehen. Herr von Heeringen formulierte damit den Moltkeschen Grundsatz, bei Ausbruch eines Krieges „dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen“, d. h. also ihn von vornherein durch entschlossenen Angriffe in die Defensive zu bringen. Die klaren Worte des Kriegsministers können doch wohl nur absichtlich mißverstanden werden.

Die Sozialdemokratie war auch nicht zufrieden, als der Reichskanzler es für seine oberste Pflicht gegen die Armee erklärte, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser, in der festen Disziplin und in einer unbeugsamen Organisation aufrecht erhalten werde, und als der Kriegsminister in gleicher Gesinnung es als seine Aufgabe bezeichnete, vor allem die Kommandogewalt und die direkten Beziehungen zwischen den Offizierskorps und dem König und Kaiser zu sichern, die deren richtigen Geist verbürgen. Auch bürgerliche Abgeordnete habe es unangenehm empfunden, daß ihnen so häufig die Kommandogewalt entgegen gehalten wurde. Sie sollten die Bedeutung dieser Gewalt mehr würdigen lernen. Wäre sie nicht da, so müßte sie geschaffen werden. Wie kann sonst in einem Millionenheere, das von Männern in der Kraft der Jahre, Männern von Energie und Selbstbewußtsein gebildet wird, die Einheitlichkeit des Willens durchgeführt werden, die allein es ermöglicht, diese ungeheure Kraft einem einzelnen Ziele, das mit dem Wohle des Staates und Volkes gleichbedeutend ist, zuzuführen? Daß das Heer, wie alles Menschliche, von menschlichen Schwächen nicht frei ist, hat die Heeresverwaltung zugegeben. Die bürgerlichen Abgeordneten sollten sich sagen, daß auch das Heer in Entwicklung begriffen ist, und sollten es zufrieden sein, daß die Entwicklung nicht nur durch Verordnungen und Befehle der höheren Stellen vor sich geht, sondern daß auch eine freie Arbeit aller, die in militärischen Dingen Erfahrungen oder Gedanken haben, geleistet wird. Woher käme sonst die große nationale und internationale militärische Literatur, die nicht nur Erprobungen der Waffen und der Taktik behandelt, sondern auch Grundfragen der Organisation, der militärischen Erziehung und des soldatischen Geistes? Das deutsche Heer schließt sich nicht ab von dieser geistigen Entwicklungsarbeit; die Kommandogewalt ist das Mittel ihrer Aufnahme und die Gewähr ihrer einheitlichen Durchführung.

Die Budgetkommission hat am Freitag die erste Lesung der Besitzsteuer zur Deckung der laufenden Ausgaben der Wehrvorlage beendet. Die Vermögenszuwachssteuer ist aus der subsidiären Stellung, die sie im Entwurfe der verbündeten Regierungen einnahm, zur allgemeingültigen Reichsteuer aufgerückt. Unverkennbar und mit Dank zu begrüßen ist der eifrige Wunsch der an dieser Umgestaltung beteiligten Parlamentarier, eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien über die Deckung herbeizuführen und so die Wehrvorlage zu sichern. Doch sind die Abstimmungen in der Kommission von den Parteien als vorläufig bezeichnet worden und es besteht die Absicht, an den erstmaligen Beschlüssen der Kommission über den einmaligen Wehrbeitrag wieder Änderungen vorzunehmen. Daher sah sich der Bundesrat noch nicht vor feste Beschlüsse gestellt, zu denen er Stellung nehmen konnte.

Die internationale Lage.

Der Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien war bis in die letzten Tage hinein nicht gemildert. Die Nachrichten in der Presse — und die Nachrichten der amtlichen Stellen dürften damit übereinstimmend haben — zeigten die scharfe Zuspitzung der Lage. Bulgariens Stellung in diesem Streit hatte den Vorteil, daß sie sich auf den Bündnisverträgen aufbaute, während Serbien die Änderung der Verträge wünschte. Die Verhandlungen, auf die sich Bulgarien in seiner Antwort auf das serbische Verlangen nach „Revision“ berief, sind der eigentliche Bündnisvertrag, das geheime Zusatzabkommen, die Militärkonvention, die vier Vereinbarungen und eine Erklärung der beiden Generalsstäbe. Diese Verhandlungen, die über die Teilung der erhofften Eroberungen und über das Zusammenwirken der Truppen Bestimmungen getroffen hatten, wurden von bulgarischer Seite als unteilbares und unauflösliches Ganzes betrachtet. Die serbische Behauptung, daß die Verhandlungen durch die Unterlassung von Kriegsleistungen seitens Bulgariens oder durch Leistungen Serbiens, die

über das verabredete Maß hinausgingen, in ihrer Gültigkeit beeinträchtigt seien, wurde von bulgarischer Seite nicht anerkannt. Als diese Zeilen niedergeschrieben wurden, war eine friedliche Annäherung noch nicht erfolgt und es war nicht abzusehen, ob sie erfolgen werde. Rußland war durch die energischen Telegramme des Zaren an die Könige von Bulgarien und Serbien tief in die Sache hineingezogen worden und mußte wünschen, daß dieser Appell zur friedlichen Erledigung Erfolg habe; immerhin hatte für den gegenteiligen Fall der Zar nicht einen bestimmten Schritt in Aussicht gestellt, sondern sich seine Stellung vorbehalten. Die österreichisch-ungarischen Staatsmänner scheinen freilich durch die Art der russischen Einwirkung nicht angenehm berührt worden zu sein. Der neue ungarische Ministerpräsident Graf Tisza hat im ungarischen Abgeordnetenhaus am 19. Juni sich gegen die Protektoratstellung irgend einer Macht auf dem Balkan gewendet. Die Rede bezweckte offenbar, ein Gegengewicht gegen die in den Kundgebungen des Zaren enthaltenden Ansprüche zu schaffen. Dem Gedanken russischer Vorrechte stellte er die Sicherung der tatsächlichen Unabhängigkeit der Balkanstaaten entgegen und er ging so weit, diesen Grundsatz als „Lebensinteresse für uns“ zu bezeichnen. Hier taucht also wieder ein Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auf. Die Aussicht, daß er eine erhebliche Schärfe annehmen wird, ist aber so lange nicht vorhanden, als die beiden Balkankönigreiche ihren Standpunkt mit dem gleichen Selbstbewußtsein wie bisher verteidigen. Graf Tisza verlangte am 19. Juni, daß ein Schiedsgericht oder eine Vermittlung sich nur im Rahmen einer der Selbstständigkeit der Balkanstaaten entsprechenden vollen Freiheit der Entschlüsse bewegen dürfe; bisher scheint es, als ob die Königreiche auch ihrerseits sich diese volle Freiheit der Entschlüsse wahrnehmen wollen. Allerdings ist die weitere Entwicklung, wie schon angedeutet, noch ungewiß.

Wenn auch der Ernst der neu entstandenen Gegensätze nicht verkannt werden darf, so bot doch die europäische Lage im allgemeinen das Bild der Befestigung dar. Diese Tatsache wird durch die kommenden Auseinandersetzungen kaum noch erschüttert werden. Bestätigt sich diese Voraussetzung, so wird man mit der Zeit auch an die völkerrechtliche Niederschrift der Neugestaltung des Balkans herantreten müssen. Diese Niederschrift wird sich als eine Revision des Berliner Vertrages darstellen. Es spielt da der Gedanke, eine Art Registrierkonferenz zu berufen. Als Ort für diese Konferenz würde sich ungezwungen Berlin darbieten, doch liegt aus deutschen diplomatischen Kreisen bisher keine Andeutung vor, daß ein solcher Wunsch gehegt wird. Die Dinge, für die eine völkerrechtliche Kodifizierung gefunden werden muß, erfordern eine technische Durcharbeitung. Auch die Pariser Finanzkonferenz hat viel technisches Material zu erledigen. Die Verhandlungen sind schwierig; das liegt am Gegenstand. Auch die Londoner Wirtschaftervereinigung wird wohl noch einige Zeit zu arbeiten haben.

Die Stellung des Deutschen Reiches zu der von den Vereinigten Staaten ausgeprochenen Absicht, Schiedsgerichtsverträge zu schaffen, ist in der Öffentlichkeit unrichtig geschildert worden. Als der amerikanische Wunsch, einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen, dem Deutschen Reich bekannt gegeben wurde, wurde die Antwort erteilt, daß man von der Eröffnung mit Interesse Kenntnis genommen habe und weitere Vorschläge erwarte. Von den anderen Staaten, an die sich Amerika gewendet hat, wird wohl eine wesentlich andere Antwort nicht erteilt sein.

Der Dankerlaß des Kaisers.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers:

„In dem an ernten und frohen Gedanktagen so reichen Jahre ist mir ein besonders glücklicher Tag beschieden gewesen, der Tag, an welchem ich vor 25 Jahren auf den Thron meiner Väter berufen wurde. In Gesundheit habe ich ihn mit Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, meiner Gemahlin, im Kreise unserer Kinder und Kindeskinder freudig begeben können. Ich danke Gott, daß ich mit Befriedigung zurückblicken darf auf die vergangenen 25 Jahre ernten Schaffens, auf die großen Erregungsmomente, welche sie dem Vaterlande auf allen Gebieten des geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens gebracht haben. Auch die beispiellose Zunahme an Volkskraft und Nationalvermögen, das auf dem Fundament der Einheit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten von Kaiser Wilhelm dem Großen errichtete deutsche Haus ist nach innen und außen weiter ausgebaut zu einem geschützten und freundlichen Aufenthalt für seine Bewohner. Daß dies unter dem befruchtenden Strahle der Friedenssonne geschehen ist, deren Kraft jedes am Horizont auftauchende Gewölk siegreich zerstückelte, macht mich besonders glücklich. Ein Herzenswunsch ist mir damit in Erfüllung gegangen. In reicher Fülle ist mir an meinem Ehrentage Liebe und treue Anhänglichkeit von allen Seiten entgegengebracht worden.

„Die erlauchten deutschen Fürsten und die freien Städte haben es sich nicht nehmen lassen, ihre mich beglückende Freundschaft und die Festigkeit des Bundes deutscher Einheit durch persönliche Überbringung freundschaftlicher Glückwünsche von neuem zu bekräftigen. Das deutsche Volk hat mir durch Abordnungen und Tausende von Zuschriften, Telegrammen und künstlerischen Adressen aus allen Gauen des Vaterlandes, aus den Kolonien und aus allen Teilen des Erdballes treue Glückwünsche kundgegeben. In Stadt und Land ist der Tag mit freudiger

Teilnahme festlich begangen worden. In den festlichen Veranstaltungen der Parlamente, Behörden und Vereine und in den freundlichen Festartikeln der Tagespresse ist eine patriotische Gesinnung von außergewöhnlicher Stärke zutage getreten. Aber nicht auf Glückwünsche und Festreden allein haben sich die mir gewidmeten Aufmerksamkeiten und Ehrungen beschränkt. Wenn festliche Zeit mit dem Herzen empfunden wird, drängt sie zur Betätigung durch Dankopfer. Provinzen, Kreise, Städte, Gemeinden und Vereine haben trotz hoher Anforderungen an ihre Opferwilligkeit sich gedrungen gefühlt, zahlreiche mit meinem Namen verbundene Stiftungen zu errichten, dazu bestimmt, die Not der Bedürftigen, Kranken und Elenden zu lindern und gemeinnützige Bestrebungen mannigfaltigster Art zu fördern. Zu meiner Freude ist dabei auch der in unseren Kolonien segensreich wirkenden christlichen Missionen und der mit Glücksgütern nicht gesegneten Veteranen aus großer Zeit dankbar gedacht worden.

„So ist mein Regierungsjubiläum zur Quelle eines Segenstromes für die deutschen Lande noch für kommende Geschlechter geworden. Beglückt und bewegt durch die Begeisterung, mit der mein Ehrentag als nationaler Festtag gefeiert worden ist, spreche ich jedem einzelnen, welcher meiner so freundlich gedacht und zur Erhöhung der Festesfreude beigetragen hat, auf diesem Wege meinen wärmsten Dank aus. Ich werde auch ferner für das Wohlergehen des deutschen Volkes gern meine volle Kraft einsetzen, so lange Gott der Herr sie mir erhält. Er aber wolle mein Wirken und Streben mit seinem Segen begleiten und das teure Vaterland alle Zeit in seine gnädige Obhut nehmen.

Ich erlaube Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Neues Palais, den 19. Juni 1913.

An den Reichskanzler.

(gez.) W. I. R.

* Sozialdemokratische Tendenzmache.

Wir haben bereits gestern davon gesprochen, daß die sozialdemokratische Presse nicht nur gemäß dem Ton ihrer regierungsfeindlichen Artikel schärfste Beurteilung verdient, sondern daß auch der sachliche Inhalt ihrer Auslassungen nur zu oft den Stempel der Tendenzmache trägt. Ein krasses Beispiel dieser Tendenzmache bietet der Leitartikel „Die glorreiche Regierung“ in der Mannheimer „Volksstimme“ Nr. 163 vom 18. Juni. In diesem Laborat soll die von der Sozialdemokratie so oft und so gern aufgestellte wahrheitswidrige Behauptung von neuem bewiesen werden, daß die Regierung Kaiser Wilhelms II. sich durch „wahnwitzige“ Verteuerung der Lebenshaltung und durch unerträgliche Steigerung der militärischen Lasten“ auszeichne, und daß die „riesigen Kosten für den Militarismus vorwiegend durch die arbeitende Bevölkerung — soll natürlich heißen, durch die Arbeiter — aufgebracht werden.“ Zur näheren Beleuchtung dieser letzteren Behauptung zieht die „Volksstimme“ die Zahlen für die Steigerung der Einnahmen des Reiches aus Zöllen und Verbrauchsabgaben heran.

Ohne zunächst auf jene Behauptung selbst einzugehen, sei hier vor allem, und zwar an Hand des „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ festgestellt, daß die Zahlen, mit denen die „Volksstimme“ operiert, falsch sind. Das Blatt sagt, die Reichseinnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben seien „riesenhaft“ angewachsen, nämlich von 27 150 900 M. im Jahre 1887/88 auf 1 613 399 400 M. im Jahre 1912. Diese Berechnung stimmt nicht, da die „Volksstimme“ für das Jahr 1887/88 die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben garricht berücksichtigt hat, sondern lediglich die Reichstempelabgaben. Diese ergeben allerdings die Summe von 27 150 900 M. Hinzu kommen aber noch 390 137 900 M. jener Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben, eine Summe, die das Blatt einfach ignoriert hat. Selbstverständlich ist dann, wenn man richtig rechnet, also jene 390 137 900 M. für 1887/88 zu den 27 150 900 M. hinzuzählt, die Steigerung vom Jahre 1887/88 bis zum Jahre 1912 der allgemeinen Entwicklung entsprechend wohl recht hoch, aber keineswegs so „riesenhaft“, wie die „Volksstimme“ es wahr haben will.

Weiter bringt die Mannheimer „Volksstimme“ eine Tabelle bei, die das Anwachsen der Lebensmittelpreise vom Jahre 1888 bis zum Jahre 1912 veranschaulichen soll, und sagt dann, daß wir dieses Anwachsens vornehmlich unserer Zoll- und Steuerpolitik zu verdanken hätten. Nun ist aber festgestellt, daß, selbst wenn man zugibt, daß die Zölle in jenen von dem Blatt mitgeteilten Preisen zum Ausdruck gelangen, diese Preise doch nicht um den Betrag der Zollerhöhung, sondern um erheblich höhere Beträge gestiegen sind. Es waren eben für die Erhöhung der Preise andere Verhältnisse, insbesondere solche des gesamten Weltmarktes, maßgebend.

Ferner spricht die „Volksstimme“ davon, daß die Verteuerung der Lebenshaltung die Frauen immer mehr und mehr in die Fabriken und zur Heimarbeit treibe; im Jahre 1882 seien 5 541 577 weibliche Erwerbstätige gezählt worden, jetzt sei ihre Zahl auf über 11 Millionen gestiegen. Hierbei ist doch aber, was die „Volksstimme“ zu tun unterläßt, zu berücksichtigen, daß die Einwohnerzahl des Reiches in demselben Zeitabschnitt von 47 Millionen auf ca. 66 Millionen stieg. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen heute statistisch viel genauer erfasst wird, wie damals.

Schließlich führt die „Volksstimme“ auch noch Zahlen für die große Steigerung der Arbeitsunfälle an. Das Blatt verschweigt aber dabei, daß die Durchschnittszahl

der versicherten Personen ebenfalls ganz gewaltig gestiegen ist, nämlich von 3 725 313 im Jahre 1886 auf 27 553 572 im Jahre 1911, von denen allerdings etwa 3 4 Millionen abgezogen sind, weil diese gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben versichert waren.

Was nun die von der „Volksstimme“ wiederholte allgemeine Behauptung anlangt, daß die indirekten Steuern die ärmeren Volksklassen, insbesondere die Arbeiter, höher als die Wohlhabenden belasteten, so erweist sie sich bei genauer Prüfung als eine Irrlehre. Und zwar ergibt sich das, wie ein Beschluß der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer sehr richtig ausführt, aus zwei Tatsachen: einmal aus der Tatsache, daß die arbeitende Bevölkerung stets nach den Distrikten mit hohen Lebensmittel- und Lebensbedürfnispreisen abwandert, niemals in umgekehrter Richtung; ferner durch die Tatsache, daß die Ära der indirekten Steuern unsern Arbeitern höhere Löhne gebracht hat, als sie jemals zuvor dazwischen sind, mit einer dementsprechenden Lebensführung.

Reichstag.

Berlin, 20. Juni. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 5 Min. Es soll die zweite Lesung der Wehrvorlage fortgesetzt werden. Abg. Dr. Franzmann (Soz.) bittet, außerhalb der Beratung eine ihm zugegangene Depesche vorlesen zu dürfen. Der Präsident erklärt sich dazu bereit, vorausgesetzt, daß die bereits geschlossene Debatte eventuell nicht wieder zu eröffnen sei. Bei der Vorlesung wird er jedoch unterbrochen, indem Graf Westarp (kons.) der Wiedereröffnung widerspricht. Es entspinnt sich eine lebhaft geführte Debatte über den sozialdemokratischen Antrag betreffend die Beförderung (persönliche Eignung) ohne Rücksicht auf die Religion und Politik) fortgesetzt. Es sprechen die Abg. Werner (Wirtsch. Bg.) und Schöpflin (Soz.), der den militärischen Posten von Wirtschaften kritisiert. Generalleutnant v. Wandel: Wir liegt ein Bericht des Reichsverbandes der deutschen Gastwirtschaftsverbände vor, aus dem hervorgeht, daß, wenn ein Gastwirt sein Lokal nur der sozialdemokratischen Partei, bezw. deren Anhängern, freigibt, und vielleicht selbst sich zu der Sache bekennt, das Militärverbot als berechtigt anerkannt wird. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Erzberger (Ztr.): Die Achtung vor ihrer eigenen Religion sollte die Juden verhindern, die religiöse Überzeugung herabzusetzen. Anders beurteilen wir, daß einem aus Geschäftsrücksichten getauften Juden eine Karriere eröffnet wird, die ihm bisher verschlossen war. In ein Gesetz, das von der Regierung schließlich nicht abgelehnt werden kann, sollten nicht Bestimmungen hineingepreßt werden, die für sie unannehmbar sind. Will der Kriegsmilitarminister die Rufen in den erforderlichen Stellen ausfüllen, so muß er den unheimlichen Zwang beseitigen. — Dann werden hunderte katholischer Familienväter ihre Söhne Offizier werden lassen. (Zustimmung.) Nach weiterer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Die Sozialdemokraten beantragen ferner einen Artikel, der das Verbot der Verwendung von Militär zu politischen Zwecken im wirtschaftspolitischen Kampf und als Ersatz für Streikende oder ausgeperrte Arbeiter auspricht. Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Der Schwerpunkt des Antrags liegt in der Bekämpfung der Verwendung des Militärs zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Selbst der Inhaber der Kommandogewalt hat anlässlich des Bergarbeiterstreiks gesagt: „Beim geringsten Widerstand alles über den Haufen schmeißen.“ Daß Kaiser Wilhelm das Testament des Königs Friedrich Wilhelm IV. vernichten ließ, wird zu hoch angerechnet. Was ist denn da dabei? Es fehlte ihm bloß der Mut, das Testament auszuführen. (Unruhe rechts. Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner zur Ordnung.) Das Militär wird nur aufrechterhalten zum Kampf gegen den inneren Feind.

Kriegsminister v. Seeringer: Das ist falsch. Auf die übrigen Klatschgeschichten des Vorredners gehe ich nicht ein. (Unruhe links.) Der Kaiser hat die Verfügung beschworen, und das Heer ist ein sicheres Instrument in seiner Hand. Die Armee ist in erster Linie nicht gegen den inneren Feind gedacht. Wenn es aber nottut, sind wir allerdings auch dazu verpflichtet. Die Soldaten werden durch wohlwollende, aber strenge Behandlung zu Menschen gemacht, auf die wir uns unbedingt verlassen können. (Weifall rechts.) Wir denken nicht an einen Bürgerkrieg. Durch die Anwesenheit der Armee mit ihren Waffen ist in Streitgebieten Ruhe und Ordnung ohne Blutvergießen wieder hergestellt worden. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Liebknecht wurde der Antrag abgelehnt, ebenso ein sozialdemokratischer Vertragsantrag. Es folgt das Thema Militärjustiz. Dazu liegt eine Kommissionsresolution auf Revision des Militärstrafgesetzbuches, des Bescheidverfahrens, Befreiung des strengen Arrests und Revision des ehrengerichtlichen Verfahrens vor. Die Sozialdemokraten beantragen eine Reihe von Gesetzesänderungen hinsichtlich Zulassung mildernder Umstände, Aufhebung des strengen Arrests und Straffreiheit bei sofort erwiderten Beleidigungen ohne Körperverletzung. Die Weiterberatung wird nach einer Rede Stadthagens auf Samstag 11 Uhr verlagert. — Schluß 8 Uhr.

Berlin, 21. Juni. Die gestrige Sitzung der Verbandskommission für die Steuerentlastung galt der Umgestaltung der Staffelung des Wehrbeitrages. Angeblich gelang es bisher nicht, eine Einigung über die neue Steuerfala zu erzielen.

Vom Balkan.

Wien, 20. Juni. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Sofia meldet, hat Dr. Danew ihrem dortigen Korrespondenten auf seine Frage über die heutige Lage erklärt: Wir halten an unserem Vertrage und an unserem guten Rechte fest, mag kommen was will.

Belgrad, 21. Juni. Die serbische Regierung hat durch ihren Gesandten in Sofia der bulgarischen Regierung eine Note überreichen lassen, in welcher ihr Demobilisierungsantrag erneuert und die bulgarische Regierung zur Beschickung der Konferenz der vier Ministerpräsidenten eingeladen wird.

Sofia, 20. Juni. Die Antwortnote Bulgariens wendet sich energisch gegen jede Idee von einer Revision des Bündnisvertrages und einer neuen Verteilung der eroberten Gebiete zwischen Bulgarien und Serbien.

Sofia, 21. Juni. (Meldung der Agence Bulgare.) In ihrem Protest gegen die Verhaftungen und Verurteilungen, denen die Bulgaren in den von Griechen besetzten Gebieten ausgesetzt werden, erklärt die bulgarische Regierung: Bulgarien würde nicht mehr dulden, daß seine Volksgenossen in jenen Gegenden gewalttätig von ihren Heimstätten weggetrieben, verhaftet und deportiert werden. Die bulgarische Regierung überläßt die Verantwortung für diese schreienden Gewalttaten Griechenland.

Politische Übersicht.

Die hannoversche Frage.

Ein freisinniges Blatt vermißt in dem Briefe des Prinzen Ernst August die Erklärung, daß auch der Herzog von Cumberland versprochen habe, nichts zu tun und nichts zu unterstützen, was auf Veränderung des preussischen Besitzstandes gerichtet sei, und deshalb, schließt das Blatt, scheint es doch, als ob es immer noch eine hannoversche Frage gäbe. Diesem Eindruck gegenüber weist die „Neue politische Correspondenz“ darauf hin, daß Abfassung, Abfindung und Veröffentlichung des Briefes an den Reichskanzler mit der Zustimmung des Herzogs von Cumberland erfolgt ist. Daraus geht hervor, daß auch der Herzog von Cumberland auf dem Boden der von seinem Sohn abgegebenen Erklärungen steht. Die völlige Loyalität des Herzogs kann von keiner beteiligten Seite in Zweifel gezogen werden. Eine ausdrückliche Erklärung von ihm, die einen öffentlichen Bruch mit seinen bisherigen Anhängern bedeutete hätte, hat kaum erwartet werden können. Zwischen den Häusern Hohenzollern und Welf gibt es keine hannoversche Frage mehr.

Der Kaiser in Loccum. In Anwesenheit des Kaisers fand gestern die Feier des 750 jährigen Bestehens des protestantischen Klosters Loccum statt. Kurz nach 3 Uhr traf der Kaiser im Automobil, von Hannover kommend, mit dem Prinzen Waldemar und dem Kommandierenden General von Emmich ein und wurde an der Stiftskirche von den Geistlichen des Klosters, dem Kultusminister, dem Oberpräsidenten und anderen hohen Beamten empfangen. Darauf fand ein Festgottesdienst statt, bei dem der Abt zu seiner Festrede einen Überblick über die Geschichte des Klosters gab. — Der Kaiser ist bald nach 6 Uhr in Hannover wieder eingetroffen.

Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, sind zum Regierungsjubiläum des Kaisers von Fürsten und Staatsoberhäuptern Glückwünsche in so großer Zahl eingetroffen, daß davon abgesehen werden ist, diese Telegramme und die darauf ergangenen Antworten zu veröffentlichen. Darunter befindet sich auch ein sympathischer Glückwunsch des Präsidenten der französischen Republik. Durchaus irrig ist die Annahme eines Pariser Blattes, dieses Telegramm sei nicht in die Hände des Kaisers gelangt. Das Telegramm des Präsidenten ist am 15. Juni eingetroffen und vom Kaiser noch am selben Tage beantwortet worden.

Nachtrag zum Kaiserjubiläum. Viele Zeitungen im Reich haben besondere Festnummern zum Regierungsjubiläum des Kaisers herausgegeben. Eine der beachtenswertesten ist die der altangelegenen Magdeburger Zeitung. Sie enthält in einem Papptrakt eine stattliche Anzahl von Blättern, die eine Fülle interessanter und belehrender Artikel bergen. Den Leitartikel, einen Versuch der Charakteristik des Kaisers, schrieb kein geringerer, als Karl Lamprecht, der bedeutende Leipziger Historiker!

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 21. Juni.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrates Dr. Seeb und des Ministers Dr. Böhm entgegen.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin führten heute nachmittag mit Ihren königlichen Hoheiten der Großherzogin von Luxemburg und der Großherzogin Marie Anna von Luxemburg nach Baden zum Besuch Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise. Die Rückkehr wird gegen Abend erfolgen.

Zu den Landtagswahlen.

Zur Aufstellung der Kandidatur des Bürgermeisters Fischer im Landtagswahlkreis Lahr-Land ist noch zu melden, daß die konservative Partei und der Bund der Landwirte in mehreren Wahlkreisen, in denen sie bei den letzten Landtagswahlen mit eigenen Kandidaturen vorgehen, in diesem Jahre auf selbständige Kandidaturen zugunsten nationalliberaler Großblockgegner verzichtet haben. In Betracht kommen unter anderen die Wahlkreise Heidelberg-Oberbad, Sinsheim, Eppingen und Durlach-Brudshal.

Die neue Nummer der Statistischen Mitteilungen über das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: 1. Die Tätigkeit der nicht gewerbmäßigen (gemeinnützigen) Arbeitsnachweise in Baden im Jahre 1912. — 2. Die unmittelbare Umladung von Massengütern in ganz Baden und Umgebung von der Eisenbahn zur Binnenwasserstraße und umgekehrt in den badischen Umschlagplätzen 1912. — 3. Bestand der im Großherzogtum Baden heimatischen Binnenschiffe nach der Erhebung vom 31. Dezember 1912. — 4. Vom öffentlichen Un-

terrichtswesen in Baden im Jahrzehnt 1903/12. — 5. Die Eheausschlüsse im Jahre 1912. — 6. Die Tilgungsdarlehen der badischen Gemeindeparlamente im Jahr 1912. — 7. Die Lage des Arbeitsmarktes im Mai 1913. — 8. Der Saatstand zu Anfang des Monats Juni 1913. — 9. Auftrieb und Umsatz auf den badischen Viehmärkten im Mai 1913. — 10. Stand und Bewegung der Tierseuchen im Mai 1913. — 11. Landesversicherungsanstalt Baden im Mai 1913. — 12. Zu- und Abfuhr auf den Wasserstraßen in den wichtigeren badischen Hafenplätzen in den einzelnen Monaten des Jahres 1913. — 13. Die Preise der wichtigeren Lebensbedürfnisse und Verbrauchsgegenstände im Mai 1913. — 14. Großhandelspreise für Getreide im Monat Mai 1913 in Mannheim. — 15. Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft im Mai 1913. — 16. Die Einnahmen der badischen Staatseisenbahnen im April 1913. — 17. Die Einnahmen der von Privatgesellschaften betriebenen badischen Nebenbahnen im April 1913.

B.C. Ubbadt, 16. Juni. Unter Beteiligung zahlreicher auswärtiger Militärvereine beging gestern der hiesige Krieger-Unterstützungsverein sein 40. Stiftungsfest, verbunden mit der Enthüllung des Großherzogs- und Kriegerdenkmals. Gleichzeitig fand der Gaudtag des Unteren Kraichgau-Militär-Vereinsverbandes statt, zu dem 186 Delegierte erschienen waren.

oc. Altheim, A. Überlingen, 15. Juni. Bei dem zweiten Wahlgang zur Bürgermeisterwahl wurde Gemeinderat Gg. Keller gewählt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Hannover, 21. Juni. Der Kaiser traf um 6.30 Uhr im Automobil auf der Bahnenwalder Höhe zur Besichtigung des Königsulanenregiments ein. Nach Abreiten der Front und einem Paradeaufmarsch in Zügen begann das Gefechtserezierieren, das eine gute Stunde dauerte. Der Übung wohnte auch der kommandierende General von Emmich bei. Es regnete unaußhörlich. Der Kaiser hielt Kritik ab und führte dann das Regiment zur Kaserne. In der Stadt bildeten die Truppen der Garnison und Kriegervereine Spalier. Vor der Kaserne stand der Verein ehemaliger Königsulanen. Der Kaiser nahm hier nochmals den Paradeaufmarsch des Regiments und den der ganzen Garnison ab und nahm militärische Meldungen entgegen. Der Kaiser und Prinz Waldemar nahmen am Frühstück des Offizierskorps des Regiments teil.

Hannover, 21. Juni. Der Kaiser ist kurz vor 11 Uhr aus der Menekasener ins Schloß zurückgekehrt und um 11¼ Uhr im offenen Automobil mit der Kaiserin nach Celle gefahren.

Celle, 21. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin trafen, von Hannover kommend, mit Gefolge gegen 12 Uhr hier ein. Militär und Kriegervereine bildeten Spalier. Das Kaiserpaar fuhr unter Glockengeläute in den Schloßhof, woselbst der Kaiserin von zwei jungen Damen im Namen der Stadt und der Auguste-Viktoria-Schule Blumensträuße überreicht wurden. Die Majestäten besichtigten die Räume der unteren Etage und die Schloßkapelle. Nach etwa einer halben Stunde erschienen die Majestäten wieder vor dem Portal des Schlosses, wo die Kaiserin mehrere Kinder ansprach. Um 12 Uhr 38 Min. trat das Kaiserpaar die Weiterfahrt nach Hamburg an. Ein Vorbeimarsch der Garnison fand nicht statt. Das Kaiserpaar wurde überall vom Publikum lebhaft begrüßt.

Berlin, 21. Juni. Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute die Beratung des Reichstempelgesetzes fort. Im großen und ganzen blieben die Bestimmungen der Vorlage unverändert, doch wurden einige Ermäßigungen, bezw. Streichungen vorgenommen; so wurde der Stempel für Feuerversicherungen, für unbewegliche Gegenstände, sowie für Unfall- und Haftpflichtversicherung getrichen. Sämtliche Versicherungen mit einer Versicherungssumme von unter 3000 M. sollen gebührenfrei bleiben. Den Bundesstaaten soll nur die in den letzten drei Jahren erzielte Durchschnittseinnahme der Stempelabgabe vergütet werden, die jetzt dort durch den Reichstempel in Wegfall kommen. Auf nationalliberalen Antrag wurde die Aufhebung des Scheinstempels beschlossen gegen die Stimmen der Konservativen und trotz des Widerspruchs des Reichssekretärs Kühn, der auf die erheblichen Ausfälle durch die Streichungen, für die neue Deckung gesucht werden müsse, hinwies. Die erste Lesung der Deckungsvorlage ist damit beendet. Die Kommission begann die zweite Lesung des Wehrbeitrages.

Paris, 21. Juni. Aus Toulon wird gemeldet: Der Seepräfekt hat eine von Unteroffizieren der Kriegsmarine einberufene Versammlung unterlagert, in der eine „Interessengemeinschaft der Marineunteroffiziere in den fünf Kriegshäfen des Mittelmeer- und des Nordgeschwaders“ erörtert werden sollte.

Gibraltar, 20. Juni. Eine Kampagne englischer Truppen hat Befehl erhalten, sich bereit zu halten, um sich, wenn es erforderlich sein sollte, sofort nach Tanger zu begeben.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

G. SCHMIDT-STAUß
Hof-Juwelier & Hof-Uhrmacher
KARLSRUHE
154 Kaiserstrasse gegenüber der Hauptpost
Allrenommiertes Haus

Verlobungs- u. Hochzeits-Geschenke
Reiche Auswahl eingerahmter Bilder in allen Preislagen
Inh. Kunsthandlung u. Rahmenfabrik
E. Büchle Kaiserstraße 128

Großer Spezial-Verkauf von Hochsommer-Kleidung zu erstaunlich billigen Preisen.

Mit diesem Spezial-Verkauf bieten wir eine günstige Gelegenheit zum Einkauf von Hochsommer-Kleidung.

Trotz der billigen Preise dennoch Rabattmarken.

Dauer von Samstag den 21. cr. bis Samstag den 28. cr.

Wir bitten ganz besonders um Beachtung unserer Schaufenster.

SPIEGEL & WELS

Grand Hôtel Kurhaus Stoos ob Brunnen

Vierwaldstättersee — Schweiz — 1300 m ü. M.
Eine Perle der Alpenwelt. **Hochalpiner Luftkurort I. Ranges.**
Terrain-, Diät-, (Regime), Wasserkuren, Massage, Luft- und Sonnenbäder.
Erstklassige **Familienpension** mit Zimmer von 7-12 Fr. F.36
Familien-Arrangements. Ein Paradies für Kinder.
Ständig im Hotel wohnender Arzt Herr Dr. Th. Christen, Privatdozent an der Universität Bern. Post und Telefon im Hause. Prospekte gratis und franko.

Groß. Konservatorium für Musik Karlsruhe.

Unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.
Die diesjährigen

Öffentlichen Prüfungen

finden an folgenden Tagen statt.

A. Ausbildungsklassen.

Mittwoch den 25. Juni, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (unter Mitwirkung von Mitgliedern des Groß. Hoforchesters).
Donnerstag den 26. Juni, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumental- u. Gesangssoli).
Freitag den 27. Juni, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Vortrag Beethoven'scher Sonaten).
Samstag den 28. Juni, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumental-, Gesangssoli und Orchesteraufführungen).
Montag den 30. Juni, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Klaviervorträge).
Dienstag den 1. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumental- und Gesangssoli).
Mittwoch den 2. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (unter Mitwirkung von Mitgliedern des Groß. Hoforchesters).
Donnerstag den 3. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Vortrag Beethoven'scher Instrumentalwerke).
Freitag den 4. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumental- u. Gesangssoli).
Samstag den 5. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (unter Mitwirkung von Mitgliedern des Groß. Hoforchesters).
Dienstag den 8. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Christuskirche (Kirchenkonzert).
Montag den 14. Juli, abends 8 Uhr, im Museum (vollständige szenische und musikalische Aufführung der Oper „Das goldene Kreuz“ von Ignaz Brüll, unter Mitwirkung der Kapelle des 1. Bad. Leibgrenadier-Regiments Nr. 100).

B. Vorbereitungsklassen.

Sonntag den 6. Juli, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Märchen von Reinecke).
Montag den 7. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumentalvorträge).
Freitag den 11. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumentalvorträge).
Samstag den 12. Juli, nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Museum (Instrumentalvorträge).

Zugunsten der **Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung** wird von den Besuchern der Prüfungen ein Eintrittsgeld im Mindestbetrage von 50 Pfennig erhoben, dessen einmalige Bezahlung zum Besuche sämtlicher Prüfungen berechtigt. Höhere Beträge werden dankend angenommen. Der Zutritt zu den Prüfungen ist nur gegen Eintrittskarten gestattet, welche zu dem Preise von mindestens 50 Pfennigen zu erhalten sind: in den Hofmusikalien- und Musikalienhandlungen von Fr. Doert, Hugo Kunz, Fritz Müller, Franz Tafel (vorm. Hans Schmidt), in den Hofpianosortehandlungen von Heinrich Maurer, Ludwig Schweisgut, in der Pianofortehandlung von Jakob Kunz und bei Herrn Hofinstrumentenmacher Johann Padewet und vor Beginn der Prüfungen an der Saal- bzw. Kirchen-türe. Kinder unter 13 Jahren haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt. F.38

Moderne

Hochleistungs-Dampfkessel-Anlagen

— vorm. —
DAMPFKESSELFABRIK Arthur Rodberg
AKTIEN-GESELLSCHAFT
— — —
DARMSTADT. E.111

Spezialfabrik fugenloser Fußböden

Inhaber: J. FISCHER, Ludwigshafen am Rh.
Filiale Karlsruhe: August Maurer, Wilhelmstraße 53
empfiehlt alle Arten Estrichböden — Fugenlose Steinholzfußböden, gestampfte Steinholz-Astbestfußböden f. Fabriken la. Referenzen. Eigenes Lager in Karlsruhe. Langjährige Garantie.

Gespielte Pianinos
zu Nr. 350, Nr. 380, Nr. 425
mit fünfjähr. Garantie z. verkaufen. (Teilzahlungen nach Vereinbarung). **L. Schweisgut**, Erdbrunnstr. 4. E.742

Turbinen für alle Gefälle und Wassermengen. :: Größte Leistungsfähigkeit. ::

Oldruckregulatoren

für Geschwindigkeit und Wasserstand.

Escher Wyß & Cie., Ravensburg (Württbg.)

In den Fabriken der Firma bis jetzt 5200 Turbinen mit zusammen 2350000 PS. ausgeführt, mehr als irgend eine andere Turbinenfabrik, für Gefälle von 0,6 bis 930 m, darunter zahlreiche Anlagen für staatliche und städtische Behörden. D.921
Gründung der Fabrik in Ravensburg 1857. — Ingenieurbureau Freiburg i. B.: Schwimmbadstraße 42.

Residenz-Theater
Waldstraße 30.
F.40 Programm
nur für Samstag, 21. bis inkl.
Dienstag, 24. Juni.

Verfehlte Jugend.

Drama in 3 Abteilungen mit **Lissi Nebuschka**
in der Hauptrolle. Verfaßt und in Szene gesetzt von **Christoph Mülleneisen sen.**
Die Handlung spielt in Neapel, Sorrent, Pompeji und auf Capri.

Wochenschau des Residenz-Theaters

(Illustrierter Bericht über die neuesten Weltereignisse).

Fritzchen handelt mit Gipsfiguren.

Komisch.
Die Süßwasser-Schildkröte. Naturaufnahme.
Der Baikal-See. (Asiatisches Russland). Naturaufnahme.

Skutaris Fall.

Aktuelles Kriegsbild aus dem Balkanfeldzug.
Dieses Bild, das unter Lebensgefahr unseres Spezialoperators auf dem Kriegsschauplatz aufgenommen wurde, zeigt zunächst die alte Stadtfeste von Skutari und den Tarabosch-Hügel, um den sich die heftigsten Schiachten abspielten. Durch Laufgräben und Drahtnetze, die mit Widerhaken versehen sind, wurden die Stellungen verteidigt. Man sieht ferner zahlreiche türkische Geschütze nebst Munition, die den Montenegro-Truppen bei Tarabosch und Bardagnoll in die Hände fielen. Die Begeisterung des ganzen Volkes ging soweit, daß bei der Einschiffung der Montenegro-Truppen auch Frauen bei der Verladung des Kriegsbedarf mithalfen.

Schicksals Walten.

Drama.

B. & S. Baer Karlsruhe i. B.

Telephon Nr. 748 Kaiserstr. 233

Vornehmes Spezialgeschäft für eleganten Damenpuß

: Permanente Ausstellung :
der letzten Saison-Neuheiten
Spezialität: **Panama hüte**
Englische u. Wiener Chapellerie. E.363

Staatliche und städtische Bureaus

kennen die Unannehmlichkeiten des schlechten Geruches, der infolge der heißen Jahreszeit durch die Toilettenräume verursacht wird. Zur Befämpfung bezw. zur Desodorierung haben sich die bereits vielerorts schon eingeführten **Dr. Lindners** **Schwarzwald-Zichtennadel-Desinfektoren** bestens bewährt. Einfach im Gebrauch, billig u. ökonomisch im Verbrauch.
Internationale Apotheke, Karlsruhe (Baden).

Sommertheater

Dir.: Fr. Grünwald.

Eröffnungs-Vorstellung

Samstag, den 21. Juni
Sonntag, den 22. Juni
Montag, den 23. Juni
abends 8.15 Uhr:
„Der liebe Augustin“
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

12 bis 15000 Mk.

II. Hypothek von nachweisbar pünktlich. Zinszahler auf gut rentierendes Haus von Geschäftsmanne gesucht. Offerten unter **A 2042** befördern **Dankenstein & Vogler A.-G., Karlsruhe.** F.16

Divans

in großer Auswahl sehr schön und dauerhaft gearbeitet, werden äußerst billig abgegeben bei **L. Feiter, Waldstr. 7, Tel. 2965.**

Bad Neuenahr
Hotel Germania
nahe den Quellen u. den Kuranlagen. Mod. Einricht. Zentralheiz. Elekt. Licht. Garage. Groß. schön. Gart. Maß. Preise. Brosch. durch **H. Seckler, Egr.**

Technikum Mittweida
i. gr. Sachs.
Direktor: Professor Holz.
Höhere technische Lehranstalt für Elektro- u. Maschinentechnik.
Sonderabteilungen für Ingenieure, Techniker u. Werkmeister.
Elektrot. u. Masch.-Laboratorien.
Lehrfabrik-Werkstätten.
36. Schulj.: 3610 Besucher.
Programm etc. kostenlos v. Sekretariat.

Keramik.
Ein **junger Maler**
sogleich gesucht. Offerten mit Gehaltsanspruch an **John Schneider, Kunsttöpferei, Marburg a. L., Steinweg 9**